

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

September 2024

hauptstadt magazin



**GEMEINSAM
FÜR BERLIN**
www.dbb.berlin

**Mit Sonderseiten
zur Personalratswahl 2024**



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© dbb berlin

Inhalt

Verwaltungsreform	
Aufgabenneuordnung beschlossen	4
Verwaltungsakademie	
Zukunftsfest dank neuer Rechtsform	5
Bezahlung	
Auch Juniorprofessoren verfassungswidrig alimentiert	6
BAföG darf Bürgergeld nicht unterschreiten	6
Sonderseiten Personalratswahlen	
„Gemeinsam für Berlin“	7
dbb Kandidat(inn)en für den HPR	8
DPoIG	
Härtere Strafen für Messerstecher gefordert	11
Amtsgericht Tiergarten	
Über 200 Verhandlungen am Tag	12
Archenhold-Sternwarte	
Publikumsmagnet Riesenfernrohr	14
Unterhaltung	
Preisausschreiben	15
Sonstiges	
BAG-Urteil zu Feiertagszuschlägen	16
Beliebte E-Bikes	16

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

die Personalratswahlen rücken näher und es wird Zeit, dass der dbb berlin den Wahlberechtigten seine kompetenten und erfahrenen Kandidatinnen und Kandidaten für den Hauptpersonalrat vorstellt.

In der (leicht herausnehmbaren) Heftmitte dieser Ausgabe finden Sie nicht nur die Namen und Funktionen unserer Expertinnen und Experten, die auf der Liste „Gemeinsam für Berlin“ kandidieren, sondern auch viele gute Gründe, warum es sich lohnt, den dbb im Hauptpersonalrat mit Ihrer Stimme zu unterstützen.

Interessant sind Urteile des Berliner Verwaltungsgerichts, wonach auch im wissenschaftlichen Bereich nicht immer verfassungsgemäß gezahlt wurde. Betroffen waren sowohl Juniorprofessoren als auch Studierende mit BAföG-Anspruch.

Vorgestellt wird in dieser Ausgabe der Justizdienst, und zwar im Amtsgericht Tiergarten, in dem tagtäglich 200 Verfahren und mehr abgewickelt werden.

Auch beim Sommerfest zur Wiedereröffnung der Archenhold-Sternwarte nach längeren Modernisierungsarbeiten war das hauptstadt magazin vor Ort und konnte sich davon überzeugen, dass dort ein Besuch nicht nur wegen des größten mechanischen Fernrohrs der Welt lohnt.

Bei unserem Preisausschreiben sind dieses Mal übrigens Brillenputztücher mit dem Aufdruck „Gemeinsam für Berlin“ zu gewinnen. Klare Sicht ist natürlich immer gut, speziell aber auch, wenn es um die Besetzung des Hauptpersonalrats geht.

Für Ihre Unterstützung bei den Wahlen ab November dankt schon jetzt

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. Telefon: 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. Internet: www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@

dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Andrea

Franzen, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigendisposition:

Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 21,

gültig ab 1.1.2024. Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. Fotos: wie angegeben.

Titelbild: dbb berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Aufgabenneuordnung

Konkreter Zeitplan beschlossen

Der Berliner Senat hat am 6. August 2024 einen Beschluss zur „Aufgabenneuordnung zur Stärkung der gesamtstädtischen Steuerung“ gefasst.

Wie es in einer entsprechenden Pressemitteilung des Berliner Presse- und Informationsamts heißt, soll der Prozess, der auf einen Gesamtüberblick über das Zusammenwirken der Berliner Verwaltung aufgrund einer umfassenden Aufgabenerhebung abzielt, noch in diesem Jahr Fahrt aufnehmen.

Teil der Verwaltungsreform

Angestrebt werden damit eine Steigerung der Funktionsfähigkeit der zweistufigen Berliner Verwaltung und eine Verbesserung sowohl der gesamtstädtischen Steuerung als auch der Zusammenarbeit der Verwaltungsebenen. Neben weiteren Maßnahmen stellt die Überprüfung und Neujustierung von Zuständigkeiten und Aufgabenverteilungen im Land Berlin ein grundlegendes Vorhaben des Verwaltungsreformprozesses dar.

Neu ist dieses Anliegen nicht. Schon in den zurückliegenden Legislaturperioden zählten Aufgabekritik und Neuordnung der Verwaltung zu den politischen Zielen, die jedoch stets in theoretischen Ansätzen stecken geblieben sind.

Jetzt will der Senat – nicht zuletzt auch wegen begrenzter finanzieller Spielräume und wachsenden Fachkräftemangels – offenbar endlich Nägel mit Köpfen machen und hat einen konkreten Zeitplan für notwendige Einzelschritte der Neuordnung vorgelegt.

Einzelschritte in diesem Jahr

Danach sollen bis Ende des dritten Quartals 2024 zunächst die Aufgaben der Hauptverwaltung – parallel in allen Senatsverwaltungen – und die der Bezirke erhoben und in einen einheitlichen Zuständigkeitskatalog, der sich in Politik- und Querschnittsfelder gliedert, überführt werden.

Als zweiter Schritt soll auf Basis der Aufgabenerhebung eine umfassende Aufgabekritik folgen. Das heißt, die Schnittstellenprobleme bei Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sowie Optimierungsbedarfe in den Geschäftsprozessen sollen identifiziert und entsprechende Handlungsempfehlungen abgeleitet werden. Auch dieser Prozess soll noch in diesem Jahr beginnen und langfristig als Daueraufgabe der Berliner Verwaltung implementiert werden.

dbb berlin mahnt Beteiligung an

Vom dbb berlin wird die Aufgabenneuordnung als grundlegender Baustein für ein effizienteres und effektiveres Verwaltungshandeln grundsätzlich begrüßt. dbb Landeschef Frank Becker ließ allerdings unmissverständlich wissen, dass er eine frühe Beteiligung des dbb berlin als Spitzenorganisation des öffentlichen Dienstes bei dem Prozess erwartet. „Gemeinsam für Berlin“ müsse auch hier das Motto sein, so Becker in Anlehnung an den dbb Slogan bei den bevorstehenden Personalratswahlen. ■

Verwaltungsakademie

Zukunftsfest dank neuer Rechtsform

Die Verwaltungsakademie Berlin (VAK), der zentrale Bildungsdienstleister für den öffentlichen Dienst in Berlin, soll nach einem Beschluss des Senats vom 6. August 2024 in einer neuen Rechtsform weitergeführt werden.

Der neue Status als Sonderbehörde der Senatsverwaltung für Finanzen sichert für die bei der Verwaltungsakademie tätigen Dienstkräfte eine zuverlässige Basis im unmittelbaren Landesdienst. Gleichzeitig nimmt der vom Senat beschlossene Gesetzentwurf die derzeitige Gremienstruktur der Bildungseinrichtung auf: So wird ein aus 17 ständigen Mitgliedern bestehender Verwaltungsrat eingerichtet, der an grundlegenden Entscheidungen der neuen Sonderbehörde beteiligt wird.

Der von Finanzsenator Stefan Evers eingebrachte Gesetzentwurf trägt auch dem Aufgabenzuwachs der zentralen Bildungsdienstleisterin für den öffentlichen Dienst Rechnung.

Der dbb berlin begrüßt die Entscheidung, die die Selbstständigkeit der VAK ebenso sicherstellt wie die Mitarbeit der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen im Verwaltungsrat der Behörde. ■

Personalbindungsmaßnahme verpufft!

Schon seit Ende vergangenen Jahres existiert eine Vereinbarung zwischen den Senatsverwaltungen für Finanzen und für Inneres und Sport, die die Verbeamtung von Tarifbeschäftigten erleichtern soll. Sehr groß ist jetzt allerdings die Enttäuschung, dass diese sinnvolle Personalbindungsmaßnahme bislang keinerlei praktische Konsequenzen gezeigt hat.

Zumindest häufen sich beim dbb berlin, der frühzeitig auf die Umsetzung der Vereinbarung gedrängt hatte, die Anfragen enttäuschter Beschäftigter – unter anderem auch aus der Senatsverwaltung für Inneres und Sport.

Der dbb berlin hat deshalb beide betroffene Ressortchefs nochmals aufgefordert, endlich auch für die Umsetzung dieser zwingend notwendigen Personalbindungsmaßnahme zu sorgen. ■

Verfassungswidrige Besoldung

Auch Juniorprofessoren betroffen!

Auch die Besoldung von Juniorprofessoren in der Besoldungsgruppe W 1 hat offenbar in den Jahren 2012 bis 2017 in Berlin gegen die Verfassung verstoßen.

Das hat das Verwaltungsgericht Berlin im Fall eines Betroffenen entschieden, der ab 2012 für sechs Jahre als nach W 1 besoldeter Juniorprofessor und Beamter auf Zeit an einer Berliner Universität tätig war.

Nach Feststellung des Gerichts wurden die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts für eine verfassungsgemäße amtsangemessene Alimentation in dem Zeitraum nicht eingehalten: Von 2012 bis 2015 seien vielmehr vier der fünf vorgegebenen Parameter für eine verfassungswidrige Unteralimentation erfüllt gewesen, in den Jahren 2016 und 2017 waren es noch zwei. Vor allem der deutliche Abstand zwischen Besoldungs- und Tariflohnentwicklung sowie die klare Verletzung des sogenannten „Mindestabstandsgebots“ zum Grundsicherungsniveau haben die richterliche Entscheidung beeinflusst. Aber auch der unver-

hältnismäßig große Besoldungsunterschied zwischen Juniorprofessoren und auf Lebenszeit ernannten Professoren nach W 2-Besoldung spielte in der Urteilsbegründung eine Rolle, denn die Aufgaben- und Verantwortungsbereiche beider Berufsgruppen seien weitgehend angenähert. Die verfassungswidrige Unteralimentation könne auch nicht durch eine angespannte Finanzlage gerechtfertigt werden, stellten die Richter klar, weil keine umfassende Haushaltskonsolidierung vorgenommen, sondern einseitig zulasten von Beamten gespart worden sei.

Da nur das Bundesverfassungsgericht verbindlich die Verfassungswidrigkeit der gesetzlich geregelten Berliner W 1-Besoldung feststellen kann, hat das Gericht diese Frage für die Jahre 2012 bis 2017 dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt. ■

BAföG darf Bürgergeld nicht unterschreiten

Die Höhe der Ausbildungsförderung für Studierende hat 2021 nach Feststellung des Verwaltungsgerichts Berlin vom 5. Juni 2024 – VG 18 K 342/22 – gegen das Grundgesetz verstoßen.

Die Richter gaben damit einer Medizinstudentin recht, die gegen die zu niedrig bemessenen Bedarfssätze für Studierende nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) geklagt hatte.

Wegen des durch die Verfassung gesicherten Teilhaberechts auf gleichberechtigten Zugang zu staatlichen Ausbildungsangeboten ist der Gesetzgeber verpflichtet, allen entsprechend Qualifizierten eine (Hochschul-)Ausbildung zu ermöglichen. Zwar sei dem hieraus folgenden Rechtsanspruch auf Ausbildungsförderung mit den BAföG-Regelungen dem Grunde nach Rechnung getragen worden, nicht aber mit der konkreten Festlegung der Bedarfssätze für 2021, entschieden die Richter. Sowohl beim Grundbedarf als auch beim Unterkunftsbedarf sei das ausbildungsbezogene Existenzminimum verfehlt worden. Der Grundbedarf von 427 Euro sei evident zu niedrig gewesen und habe signifikant unter der

Regelbedarfsstufe 1 bei Hartz IV (ab 2023: Bürgergeld) in Höhe von 446 Euro gelegen. Dasselbe gelte für den Unterkunftsbedarf von 325 Euro, denn im Sommersemester 2021 hätten bereits 53 Prozent der Studierenden monatliche Mietausgaben von 351 Euro aufwärts gehabt. Knapp 20 Prozent mussten 400 bis 500 Euro aufwenden. Weitere rund 20 Prozent hatten noch höhere Mietausgaben. Als Vergleichsmaßstab, so die Richter, könne nicht der Gesamtdurchschnitt der Unterkunfts-kosten im gesamten Bundesgebiet genommen werden, sondern nur der Durchschnittswert der Unterkunfts-kosten am Studienort.

Die Bedarfssätze müssten zeitnah an sich ändernde wirtschaftliche Verhältnisse angepasst werden. Diese Vorgaben seien hier nicht beachtet worden.

Der Fall wurde dem Bundesverfassungsgericht zur endgültigen Entscheidung vorgelegt. ■

dbb Liste wählen

Gemeinsam für Berlin!

© Element5 Digital/Pexels

Die Personalratswahlen im Land Berlin stehen vor der Tür: Die Mitglieder des dbb berlin kandidieren auf der Liste „Gemeinsam für Berlin“.

Bewusst betont wird mit diesem Motto der bewährt konstruktive, verantwortungsbewusste und realitätsbezogene Ansatz, mit dem Personalräte des dbb berlin anstehende Probleme angehen. „Gemeinsam für Berlin“ bedeutet in diesen für den ausgebluteten Landesdienst extrem schwierigen Zeiten aber auch, dass die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung ohne eine ausreichende Berücksichtigung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Beamtinnen und Beamten in Berlin auf der Kippe steht – sehr zum Schaden von ganz Berlin!

Die dbb Initiative zielt deshalb darauf ab, die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst zu verbessern, soziale Gerechtigkeit zu fördern und die Rechte der Beschäftigten zu stärken, dass Personalmangel nicht länger Sicherheit und Daseinsvorsorge in unserer Stadt gefährdet.

Lassen Sie Ihr Stimmrecht nicht verfallen!

Nutzen Sie die Briefwahl, sollten Sie am Wahltag verhindert sein. Die Wahlen werden in den Dienststellen per Aushang beziehungsweise E-Mail bekannt gegeben und jeder Wahlberechtigte hat dann das Recht beziehungsweise die Möglichkeit, die Briefwahlunterlagen – auch formlos – beim zuständigen örtlichen Wahlvorstand zu beantragen. Nach Erhalt einfach das richtige Kreuzchen setzen und so per Brief wählen.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Hauptpersonalrat ...

... verfügen ausnahmslos über Kompetenz und Durchsetzungskraft. Sie wissen – auch dank der sachlichen Unterstützung des dbb berlin – sehr genau, wo der Schuh drückt und wie wirksame Abhilfe aussehen muss.

Dank intensiver Schulungen sind dbb Personalratsmitglieder selbstverständlich bestens mit dem Mitbestimmungsrecht vertraut und immer auf dem aktuellen Stand der einschlägigen Rechtsprechung.

Auf den folgenden Seiten stellen wir die Kandidatinnen und Kandidaten namentlich vor, die Erstplatzierten in der Beamten- und in der Angestelltenengruppe mit Bild und einem persönlichen Statement.

Durch gemeinsame Aktionen – auch mit den Beschäftigten selbst –, Veranstaltungen und Kampagnen wollen die dbb Kandidaten eine starke Stimme für die Beschäftigten im Hauptpersonalrat, den Gesamtpersonalräten und den örtlichen Personalräten sein sowie mit ihren Forderungen und Vorschlägen dafür sorgen, dass die wichtigen Themen wie faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung endlich einer wettbewerbstauglichen Lösung zugeführt werden.

Es geht entschieden darum, gemeinsam für eine bessere Zukunft in der Hauptstadt zu kämpfen. Deshalb: Unterstützen Sie die dbb Ziele und setzen Sie bei den richtungsweisenden Wahlen im November Ihr Kreuzchen an die richtige Stelle, nämlich bei der Liste dbb berlin – Gemeinsam für Berlin.

Für eine Unterstützung dankt schon jetzt

Ihr Frank Becker

© Sabine Kroschel/Pixabay

Ich wähle den dbb berlin ...

... weil er an der Basis des öffentlichen Dienstes arbeitet und meine Sorgen versteht.

... weil er etwas verändern will.

... weil er sich gegen Gewalt an Beschäftigten einsetzt.

... weil er die Fachleute für den öffentlichen Dienst hat.

... weil er aktiv mitgestaltet.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Hauptpersonalrat

BEAMTE



Liste Beamte/-innen

Frank Becker

63 Jahre, Oberamtsrat

- > seit 1979 im öffentlichen Dienst und Gewerkschaftsmitglied
- > seit 2013 Landesvorsitzender des dbb berlin
- > Beamter in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport
- > freigestellter Personalratsvorsitzender
- > Mitglied des Hauptpersonalrates und dort im Vorstand

„Wichtig für mich ist, dass wir endlich etwas Geeignetes für die Sicherheit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst erreichen. Daher hat der dbb beamtenbund und tarifunion berlin bereits im Jahre 2021 eine Grundsatzklärung ‚Gewalt gegen Beschäftigte‘ beim Senat eingefordert, die dann auch im Juni 2022 unterzeichnet wurde. Jetzt wird es Zeit, dass diese Grundsatzklärung mit Leben erfüllt wird und eine Dienstvereinbarung in Kraft treten kann.“



Liste Beamte/-innen

Rolf Herrmann

verheiratet, ein Kind, wohnhaft in Ahrensfelde

- > ursprünglich Sachbearbeiter im Finanzamt Lichtenberg
- > zurzeit Personalratsvorsitzender im Finanzamt Lichtenberg
- > einer der stellvertretenden Vorsitzenden im HPR Berlin
- > gewerkschaftlich aktiv in der DSTG Berlin, dort auch stellvertretender Landesvorsitzender

„Die wichtigste Aufgabe in den kommenden Jahren wird die Sicherung des Wissenstransfers von Alt zu Jung sein. Um neue junge Leute für den öffentlichen Dienst zu begeistern, müssen alte Pfade verlassen und neue Wege beschritten werden. Hierbei müssen die Interessen der neuen jungen Kolleginnen und Kollegen berücksichtigt werden, aber auch die erfahrene Stammbesetzung darf nicht aus den Augen verloren werden.“



© dbb berlin (9)

Frank Teichert

42 Jahre alt, Polizeihauptkommissar

- > seit 2002 bei der Polizei Berlin
- > seit 2017 Verordneter der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg
- > seit 2019 Mitglied im örtlichen Personalrat der Polizei Berlin
- > seit 2022 Mitglied im Landeshauptvorstand der DPoIG Berlin

„Vertrauen, Transparenz, Veränderung! So leicht wie diese Worte über die Lippen gehen, so sehr verpflichten sie auch. Einem Konsens geht meist eine harte Diskussion voran. Der enge Kontakt zur Basis und das direkte Mundwerk eines Schutzmannes bringen dabei nicht die schlechtesten Argumente hervor. Lasst uns in der Sache hart kämpfen, um den öffentlichen Dienst in Berlin zukunftsfest aufzustellen und dabei immer die Interessen der Menschen im Blick behalten, die schon immer dafür sorgen, dass der Laden läuft. Es stehen große Veränderungen ins Haus, das wissen wir alle. Wir werden diese aber nicht nur als Zuschauer begleiten. Unser Anspruch ist es, zu gestalten.“



Heike Breuning

60 Jahre alt, Grundschullehrerin

- > seit 1987 Lehrerin in Berlin
- > seit 2018 eine der stellvertretenden Landesvorsitzenden des dbb berlin
- > seit 2019 Mitglied im Landesschulbeirat
- > Mitglied im Hauptpersonalrat

„Wir fordern das Forcieren der Verbeamtung der Lehrkräfte, die Steigerung der Attraktivität des Lehrberufs durch fairere Arbeitsbedingungen trotz des Lehrkräftemangels und durch einen respektvollen (gewaltfreien) Umgang des gesamten schulischen Personals (in der Öffentlichkeit).“

Liste Beamte/-innen

Liste Beamte/-innen



Liste Beamte/-innen

David Bartzeko

Erster Justizhauptwachmeister

- > seit 2008 in der Berliner Justiz
- > seit 2020 stellvertretender Vorsitzender der DJG Berlin
- > seit 2019 Personalratsvorsitzender mit Freistellung am Amtsgericht Wedding
- > seit 2020 Ersatzmitglied im Gesamtpersonalrat

„Demografischer Wandel, zukunftsorientierte amtsangemessene Alimentation und die Digitalisierung der Berliner Behörden sind Probleme, die seit Jahren unsere Hauptstadt belasten oder für Unruhe sorgen. Diese Kernpunkte müssen endlich für die Kolleginnen und Kollegen gelöst werden.“

- > Frank Rudolf (Oberstudienrat, Andreas-Gymnasium)
- > Ute Wilß (Oberamtsrätin, Senatsverwaltung für Inneres und Sport)
- > Martin Kusber (Steueramtmann, Finanzamt Friedrichshain-Kreuzberg)
- > Alexander Wurl (Polizeioberkommissar, Polizei Berlin)
- > Silke Jonas (Justizamtsinspektorin, JVA Moabit)
- > Dr. Carsten Hopperdietzel (Oberveterinärin, BA Treptow-Köpenick)
- > Karin Herrmann (Steueramtsrätin, Senatsverwaltung für Finanzen)
- > Ronald Baumert (Erster Justizhauptwachmeister, Amtsgericht Tiergarten)
- > Manuela Schulze (Steueroberamtsrätin, Senatsverwaltung für Finanzen)
- > Klaus Großklaß (Erster Justizhauptwachmeister, Amtsgericht Tiergarten)
- > Anja Sviridov (Steueroberamtsrätin, Senatsverwaltung für Finanzen)
- > Sebastian Ehlert (Rechtspfleger, Amtsgericht Lichtenberg)
- > Sengül Mazlum (Justizvollzugshauptsekretärin, JVA Moabit)

Liste Beamte/-innen

Liste Beamte/-innen

Weitere Kandidatinnen und Kandidaten auf der Liste Beamte

- > Petra Woosmann (Regierungsamtfrau, Landesverwaltungsamt Berlin)
- > Oliver Thiess (Steueroberinspektor, Finanzamt Tempelhof)
- > Victoria-Marie Gordon (Polizeihauptkommissarin, Polizei Berlin)
- > Stefan Hirsch (Oberstudienrat, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie)
- > Thomas Goiny (Justizverwaltungshauptsekretär, JVA Tegel)
- > Monika Baumann (Oberamtsrätin, Senatsverwaltung für Inneres und Sport)
- > Martina Riedel (Steueramtsfrau, Finanzamt für Fahndung und Strafsachen)
- > Angelique Yumusak (Polizeikommissarin, Polizei Berlin)
- > Karsten Hönig (Oberstudienrat, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie)
- > Maria Wachauf (Justizoberinspektorin, Amtsgericht Wedding)
- > Hans-Georg Brinkmann (Regierungsamtmann, Senatsverwaltung für Inneres und Sport)
- > Sandra Heisig (Steueroberinspektorin, Senatsverwaltung für Finanzen)
- > Otto Ludger (Polizeioberamtsrat, Polizei Berlin)



Synnöve Nüchter

53 Jahre alt

- > seit 22 Jahren Verwaltungsangestellte
- > langjährige Beschäftigtenvertreterin
- > Fachreferentin für Arbeitsrecht (IHK)
- > stellvertretende Landesvorsitzende des dbb berlin
- > Mitglied der dbb Bundestarifkommission

„Ich engagiere mich für Ihre Belange, speziell im Tarif- und Arbeitsrecht. Denn Leistung muss nicht nur fair bezahlt werden, sondern auch die Arbeitsbedingungen müssen stimmen. Im Fokus stehen bei mir die Zufriedenheit und Bindung der Beschäftigten, nicht nur für Neueinsteiger, sondern auch für erfahrene und langjährig Beschäftigte.“

Liste Arbeitnehmer/-innen

ARBEITNEHMER



Liste Arbeitnehmer/-innen

Boris Biedermann

Polizeitarifbeschäftigter

- › Landestarifbeauftragter DPoIG Berlin
- › Bundesstreikleiter DPoIG

„Mit meiner langjährigen Erfahrung als Polizeibeschäftigter und meinem tiefen Verständnis für die Anliegen und Bedürfnisse der Bediensteten im öffentlichen Dienst bin ich überzeugt, einen wertvollen Beitrag im HPR leisten zu können. Bei meinem bisherigen beruflichen Werdegang habe ich stets großen Wert auf die Umsetzung der Bedürfnisse der Tarifbeschäftigten gelegt. Durch meine kommunikative und lösungsorientierte Arbeitsweise konnte ich bereits erfolgreich zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen beitragen.“



Liste Arbeitnehmer/-innen

Harriet Schleyer

Betriebsprüferin

- › stellvertretende Schwerbehindertenvertreterin seit 2018
- › im örtlichen Personalrat seit 2020
- › Frauenvertreterin seit 2020
- › Landesleitung DSTG Berlin, zuständig für Tarifbeschäftigte

„Ein äußerst wichtiges Thema in der heutigen Zeit ist das Halten von Personal im öffentlichen Dienst. Um die Motivation der angestellten Mitarbeitenden zu erhalten sowie die Abwanderung vom öffentlichen Dienst in die Privatwirtschaft zu verhindern, sind insbesondere eine attraktive und gerechte Eingruppierung sowie Möglichkeiten zur beruflichen Weiterentwicklung notwendig.“



Liste Arbeitnehmer/-innen

Hans Oberhinninghofen

- › seit 1993 im mittleren Verwaltungsdienst der Berliner Justiz
- › zurzeit in der zentralen Auskunftsstelle des Berliner Justizvollzuges
- › BSBD-Mitglied
- › Betriebsgruppenvorsitzender und Mitglied der Rechtschutzkommission des dbb berlin

Weitere Kandidatinnen und Kandidaten auf der Liste Arbeitnehmer

- › Verena Bieler (Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin, BA Friedrichshain-Kreuzberg)
- › Andrea Orhan (Beamtin, BA Neukölln)
- › Astrid Just (Tarifbeschäftigte, Polizei Berlin, GPR)
- › Thorsten J. Rentoulas-Oehlschläger (Lehrer, Käthe-Kollwitz-Grundschule)
- › Holger Oesten (Angestellter im geschlossener Vollzug, Jugendstrafanstalt Berlin)
- › Torsten Jaehne (Verwaltungsangestellter, Senatsverwaltung für Inneres und Sport)
- › Andreas Dittrich (Tarifbeschäftigter, Polizei Berlin, Dir Zeso i. A. Gef 1 Te)
- › Gabriela Kasigkeit (Lehrerin, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie)
- › René Wurl (Pflegefachkraft, JVA Tegel)
- › Angela Boom (Verwaltungsangestellte, Senatsverwaltung für Inneres und Sport)
- › Anna Maria Altmelmig (Sonderpädagogin, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie)
- › Joana Mandal (Verwaltungsfachangestellte, BA Neukölln von Berlin)

Liste Arbeitnehmer/-innen



DPoIG Berlin fordert härtere Strafen für Körperverletzungsdelikte

Angesichts des dramatischen Anstiegs von Messerangriffen in der Hauptstadt fordert die DPoIG Berlin eine Bundesratsinitiative Berlins zur Novellierung der Straftatbestände bei Körperverletzungsdelikten. Außerdem müsse das Strafmündigkeitsalter auf zwölf Jahre herabgesetzt werden.

Die Neuordnung sei überfällig, weil Messerangriffe trotz wachsender Brutalität immer noch überwiegend als gefährliche Körperverletzung gelten und mit einer Mindestfreiheitsstrafe von nur sechs Monaten geahndet werden.

Dieses Strafmaß entspricht nicht der zunehmenden Schwere der Verletzungen, wie sie auch von der Berliner Charité Berlin festgestellt wird.

Konkret fordert die DPoIG Berlin, dass mit einem Messer oder Ähnlichem begangene Körperverlet-

zungsdelikte, bei denen das Opfer lebensgefährlich verletzt wird, mit einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren sanktioniert werden.

Damit würden sie als Verbrechen mit einer deutlich höheren Mindeststrafe geahndet und ließen strafprozessual mehr Möglichkeiten, wie zum Beispiel Untersuchungshaft, offen. Auch würden Freiheitsstrafen von mindestens drei Jahren nicht mehr zur Bewährung ausgesetzt werden. ■

Amtsgericht Tiergarten

Einzigartige Dimensionen

Das Berliner Amtsgericht Tiergarten zeichnet sich deutschlandweit durch einzigartige Dimensionen aus. In 80 Sälen werden hier mindestens 200 Verhandlungen am Tag abgewickelt, wobei allerdings auch einige auf das im selben Gebäudekomplex untergebrachte Landgericht entfallen. Bis zu sechs Tonnen Post gehen tagtäglich ein und gut 300 Justizwachtmeister sorgen für einen reibungslosen Ablauf der Gerichtsverhandlungen – oft bis nach 20 Uhr.

Der Sitz des Amtsgerichts, wie auch des Landgerichts, ist der historische Bau des Kriminalgerichts in der Turmstraße 91 in Moabit. Das imposante Gebäude aus Kaisers Zeiten, in dessen Eingangshalle bereits das gesamte Brandenburger Tor Platz finden würde, strahlt Würde und Größe aus. Bei näherem Hinsehen erweist es sich allerdings für die Beschäftigten nicht als besonders praktisch.

Haushaltsmittel gestrichen

Umso weniger Verständnis gibt es bei der Belegschaft aktuell dafür, dass bereits bewilligte, relativ bescheidene Haushaltsmittel für schon begonnene und längst überfällige Baumaßnahmen und eine Erweiterung der digitalen Schließanlage jetzt vom Senat kurzerhand gestrichen wurden, wie das hauptstadt magazin vor Ort von Justizwachtmeister Klaus Großklaß erfuhr. So bleibt damit beispielsweise das seit vielen Jahren defekte Drehkreuz am Eingang des Gebäudes nicht verschließbar und besteht als Sicherheitsrisiko fort. Auch ein Gebäudezugang wird weiterhin wegen einer defekten Stahljalousie nicht geöffnet werden können und zusätzliche Umwege in dem ohnehin extrem weitläufigen Gebäudeensemble verursachen. Die Einsparsumme von einer Million Euro durch die gestoppten Sanierungsmaßnahmen kann nicht überzeugen. Denn weder ist sie eine beachtliche Größe im Haushalt noch sind die Bauschäden damit aus der Welt geschafft, deren künftige Beseitigung voraussichtlich höhere Kosten verursachen wird.



AMTSGERICHT
TIERGARTEN

Lange Wege

Großklaß arbeitet gern in dem alten Gebäude, auch wenn er für die mehrmals am Tag anfallenden Vorbereitungen der Gerichtssäle und die Vorführung von Angeklagten zu den Verhandlungen schon mal bis zu zwölf Kilometer auf den langen Fluren in den Treppenhäusern des Hauses zurücklegen muss.

In welchen Gerichtssälen er zu welchen Zeitpunkten und in welchem Umfang tätig werden muss, erfährt er täglich neu vor Dienstbeginn im Tagesbüro.

Bei der Vorbereitung der Gerichtsverhandlungen sorgen Justizwachtmeister dafür, dass sämtliche relevanten Unterlagen sowie benötigte Technik (Beamer, Leinwand, Laptops et cetera) zu dem anstehenden Fall dem Richter vorliegen. Sie

prüfen die Funktionsfähigkeit der PCs am Richtertisch, sorgen für Aushänge am Saal und stellen sicher, dass gegebenenfalls anwesende Zeugen, Schöffen und Gutachter ihre Reisekosten anmelden können.

Vor allem aber ist es Aufgabe der Justizwachtmeister, kriminelle Angeklagte dem Gericht vorzuführen. Dank eines ausgeklügelten Gängesystems werden die Angeklagten entweder direkt vom benachbarten Moabiter Untersuchungsgefängnis oder von einem Polizeifahrzeug auf dem Gerichtsparkplatz von mindestens zwei Wachtmeistern in den Gerichtssaal gebracht, ohne mit den öffentlichen Zugängen in Berührung zu kommen.



sehr in die Jahre gekommen ist, dass keine Wartung mehr stattfand, bedient sich das Land eines bundesländerübergreifend genutzten Programms, das zwar den Bedürfnissen kleiner Städte und Gemeinden gerecht wird, nicht aber dem Arbeitsanfall in der Metropole Berlin. „Zehnminütige Ladezeiten von Dokumenten sind keine Ausnahme“, klagt Großklaß, der als Mitglied des örtlichen Personalrats und des Gesamtpersonalrats Justiz sowie als stellvertretender Landesvorsitzender der DJG Berlin nur allzu gut um die Defizite bei den Arbeitsabläufen weiß. Zu den Ärgernissen zählt auch die zum Teil veraltete Schließanlage. Weil es keine zentrale Schließung gibt, sind beispielsweise im Brandfall nicht weniger als 50 verschiedene Schlüssel in sämtlichen Gebäudeteilen notwendig, eine bedenklich hohe Anzahl, wenn es im Ernstfall um Minuten und Sekunden geht.

Veraltete Geräte

Ganz ungefährlich ist das nicht, hat man es doch nicht selten mit Schwerstkriminellen zu tun, die vor körperlicher Gewalt nicht zurückschrecken. Die Justizwachtmeister sind deshalb auch mit Sprechfunkgeräten ausgerüstet, mit denen sie in Bedrängnis jederzeit Alarm auslösen können. Leider treibt auch hier der jahrelange Sparzwang unerwünschte Blüten: Das Gerät von Großklaß etwa ist schon über zwölf Jahre alt und kann nicht mehr mit neuen Batterien ausgerüstet werden. Andere Funkgeräte sind so veraltet, dass sie sich nicht mehr miteinander vernetzen lassen.

Ob Angeklagte vom Justizdienst vorgeführt werden müssen oder selbst vor Gericht erscheinen, entscheidet letztlich auch das zu erwartende Strafmaß.

Softwareprobleme

Großklaß verweist außerdem auf ein besonders ärgerliches technisches Problem: Seit die Gerichtsoftware, mit der in Berlin gearbeitet wurde, so



Die Bewerberzahlen für den einfachen Justizdienst, dem die Wachtmeister angehören, reichen nach Angaben von Großklaß im Gegensatz zu anderen Laufbahnen aus, vermutlich auch, weil neben einem Schulabschluss keine abgeschlossene Berufsausbildung mehr erwartet wird.

Trotzdem ist das Personal am Standort Moabit durch Großprozesse oft sehr knapp, sodass aus anderen Berliner Gerichten Hilfe angefordert werden muss.

Freiwillige Leistungen

Vor über 20 Jahren, als sich der gelernte Elektroniker Großklaß für den Justizwachtmeisterdienst entschieden hat, war eine abgeschlossene Berufsausbildung noch Einstellungsvoraussetzung. Heute kommen seine Kenntnisse, wie auch die der anderen Wachtmeister mit entsprechenden Qualifikationen, dem Gericht zugute, etwa wenn Wachtmeister nebenbei Bauaufsicht übernehmen oder, wie Großklaß, die elektronischen Geräte überprüfen. Vieles funktioniert nur aufgrund dieses freiwilligen Einsatzes, den die Wachtmeister in verhandlungsfreien Zeiten auch in der häufig überlasteten Poststelle leisten. Umso mehr hätten sie es verdient, dass nicht an ihrer Sicherheit gespart wird.

Kernforderungen der DJG Berlin

- > Zentralisierung der Personalverwaltung und der Ausstattungsbeschaffung
- > Sicherheitszulage für alle Kolleginnen und Kollegen
- > Aufwertung des Berufsbildes entsprechend den wachsenden Anforderungen
- > Festhalten an der achtzehnmonatigen Ausbildung
- > durchgängige, eigenständige Laufbahn von A 5 bis A 8/A 9
- > angemessene Wertschätzung innerhalb der Justizverwaltung

Das Riesenfernrohr im Treptower Park

Das längste Fernrohr der Welt steht mit 20 Meter Länge in der Archenhold-Sternwarte im Treptower Park. Am 25. Mai beim kosmischen Sommerfest, das die Stiftung Planetarien Berlin zur Wiedereröffnung des Hauses nach umfangreicher technischer Modernisierung im vergangenen Jahr mit einem attraktiven Programm für Groß und Klein ausgerichtet hatte, durften die Besucher sich selbst als Astronomen fühlen und unter anderem auch zu dem 130 Tonnen schweren Koloss hinaufsteigen.

Friedrich Simon Archenhold, nach dem die Sternwarte auch benannt ist, hatte sich mit großem Engagement zu Kaisers Zeiten für den Bau des Riesenfernrohrs und einer Sternwarte eingesetzt. Mit seinen Plänen stieß er allerdings bei seiner Majestät, die gerade ihre Leidenschaft für den Flottenbau entdeckt hatte, auf wenig Gegenliebe.

Zu verdanken ist es letztlich dem wachsenden naturwissenschaftlichen Interesse der Berliner Bevölkerung und insbesondere der großen Berliner Gewerbeausstellung von 1896, dass das mechanische Riesenfernrohr dann als besondere Attraktion doch noch Wirklichkeit wurde.

Volksternwarte für die Bevölkerung

Mehr noch – das große Publikumsinteresse nutzte Archenhold nach der Gewerbeausstellung dazu, eine Sternwarte im Treptower Park zu etablieren und ihr Programm auf Wissenschaftspopularisierung auszurichten. Entstanden ist – mit Spenden finanziert – eine der ältesten und größten Volksternwarten, die als Ort der Vermittlung wissenschaftlicher und astronomischer Erkenntnisse für die breite Bevölkerung konzipiert wurde.

Heute ist die Zeit der Riesenfernrohre längst vorbei. Der Himmel wird mit Spiegelteleskopen beobachtet – und das nicht nur von der Erde, sondern auch vom Weltraum aus. Auf dem Außengelände der Archenhold-Sternwarte stehen dazu leistungsstarke Teleskope und Instrumente bereit.

Umso schöner, dass das Herzstück der Archenhold-Sternwarte trotzdem noch voll funktionsfähig ist und auch benutzt wird. Denn an den Wochenenden zwischen 21 bis 24 Uhr haben Besucher die Möglichkeit, mithilfe des längsten beweglichen Linsenfernrohrs der Welt die Gestirne zu schauen.

Freier Eintritt im astrologischen Museum

Aber nicht nur das Riesenfernrohr ist sehenswert in der Volksternwarte: Ein astrologisches Museum, das kostenlos besichtigt werden kann, zeigt unter anderem alle möglichen Messgeräte, die die Men-

schen im Laufe der Zeit entwickelt haben, um den Himmel zu erforschen. Besondere Attraktion ist darüber hinaus ein 283,5 kg schwerer Meteorit.

Auch darf die Archenhold-Sternwarte sich damit rühmen, dass Albert Einstein 1915 im großen Hörsaal des Hauses seinen ersten öffentlichen Vortrag über die Allgemeine Relativitätstheorie gehalten hat.

Wer das kosmische Sommerfest verpasst hat, muss nicht traurig sein: Die Sternwarte hat ihre Pforten wieder täglich außer montags geöffnet. Über die konkreten Öffnungszeiten und das aktuelle Programm informiert die Homepage <https://www.planetarium.berlin/archenhold-sternwarte>. ■



sprödes Metall	↓	wörtliche Wiedergabe	↓	Wertpapier	<h3>Unsere Gewinner</h3> <p>Beim Preisrätsel in unserer Juli/August-Ausgabe haben richtig geraten und gewonnen:</p> <p>Clara Weidner, 13347 Berlin Annette Schlenther, 13589 Berlin Evelyn Krautwald, 10777 Berlin Bernd Abels, 12205 Berlin Elke Ersig, 10829 Berlin</p> <p>Das Lösungswort war „Strandhut“.</p>					Nadelbaum	↓	Gesteinschmelzfluss des Erdinnern	kleine Rechnung	Drama von Goethe	
→			○ 1	Nachkommen-schaft aus Eiern						→	○ 2				
indischer Bußer, Asket		Runddorf afrikanischer Stämme									heißes Rumgetränk				
→											Hauptsache; Mittelpunkt		isolierte elektrische Leitung		
Anhänglichkeit, Loyalität	→			↓	Habe, Besitz	↓	kleines, spitzes Bruchstück	↓	Stadt und Fluss in Böhmen	Teil des Essbestecks	Trinkschokolade	→		○ 6	
Warenverkehrssteuer	Gebäck, Unterlage für Konfekt		Wink, Hinweis	→		○ 3	Kniegeige	→					Südfrucht		Talent, Neigung
→			↓	im Freien rasten			Inhaltslosigkeit	→			Hauptstadt von Marokko				
Luftreise		Künstlerwerkstatt	→						sich bräunen						kostbar; menschlich vornehm
→	○ 7			Fuge, längliche Vertiefung			böse, schlimm	Schreibart, Kunst-richtung	↓		nordischer Hirsch		jeder ohne Ausnahme		
Spion, Spitzel	→				○ 5	Straffällige, Delinquentin									Abkürzung für United States
bestehen, existieren		dt. Mundartdichter (Fritz)	→					ein Europäer	○ 4			Sinnesorgan			
→				Gestein aus Kalk und Ton							Pflanze mit Brennhaaren				

Für klaren Durchblick ...

... sorgen die Brillenputztücher des dbb berlin, über die sich die Gewinner unseres September-Preisausschreibens freuen können. Fünf mal zwei dieser mit dem Motto „Gemeinsam für Berlin“ versehenen Tücher verlosen wir unter den Einsendern der richtigen Lösung.

Rätseln Sie mit und schicken Sie das Lösungswort bis 15. September 2024 an

dbb berlin
 post@dbb.berlin
 Fax: 030.327952-20

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



PREISRÄTSEL



Feiertagszuschläge

Beschäftigungsort ist entscheidend!

Nicht alle gesetzlichen Feiertage gelten bundesweit. Welche Auswirkungen das auf Feiertagszuschläge für Beschäftigte hat, die unter den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) fallen, hat jetzt das Bundesarbeitsgericht geklärt.

Danach hängt der Anspruch auf Feiertagszuschläge davon ab, ob am regelmäßigen Beschäftigungsort ein gesetzlicher Feiertag ist. (BAG, Urteil vom 1. August 2024 – 6 AZR 38/24).

Die Richter gaben mit dieser Entscheidung einem Kläger mit regelmäßigem Beschäftigungsort in Nordrhein-Westfalen recht, der für eine Fortbildungsveranstaltung auf Anordnung seines Arbeitgebers für den 1. November Feiertagszuschlag begehrte. Zwar fand die Fortbildung vom 1. bis 5. November 2021 in Hessen statt, wo der 1. November gewöhnlicher Werktag ist, dagegen gilt am regelmäßigen Dienort des Klägers in Nordrhein-Westfalen Allerheiligen als gesetzlicher Feiertag. ■

E-Bikes weiter mit hohem Zustimmungswert

Rund jeder vierte Bundesbürger sieht im Fahrrad das Verkehrsmittel, das seine persönlichen Anforderungen an die Mobilität der Zukunft am besten erfüllt. Das bedeutet Platz zwei im Gesamtranking hinter dem Auto und vor dem Zufußgehen. Es gibt aber im Detail Unterschiede: Die Bewertung für das herkömmliche, nur mit Muskelkraft betriebene Rad ist seit dem Coronajahr 2021 drastisch gesunken, von

26 auf jetzt nur noch 16 Prozent. Hingegen blieb der Zustimmungswert für das E-Bike in diesem Zeitraum weitgehend stabil. Er liegt aktuell bei zehn Prozent und sichert so für das Fahrradfahren insgesamt den Gesamtrang 2.

Das ist ein Ergebnis einer Sonderauswertung Fahrrad der HUK-Mobilitätsstudie 2024. ■